

den nicht abschließenden Charakter des MÜ ernst nehmen und nach Auslegungen suchen, die den unteren Ebenen noch einen substantiellen Spielraum belassen.

Rostock

KLAUS TONNER

*Einhorn, Talia*: Private International Law in Israel. – Austin usw.: Wolters Kluwer (2009). 393 S. (Originally published as a monograph in the International Encyclopedia of Laws/Private International Law.)

I. Das hier zu besprechende Werk von *Talia Einhorn* – Private International Law in Israel – verfolgt gemäß Buchklappentext wenigstens zwei Ziele: Zum einen will es den international tätigen Unternehmen und Rechtsanwälten ein nützliches Hilfsmittel sein. Zum anderen wird der Wissenschaft ein Grundlagenwerk zum israelischen IPR dargebracht. Man kann es ruhig vorwegnehmen; die Autorin vermag beiden Zielen mit Bravour gerecht zu werden. Das an Fallbeispielen reichhaltige Lehr- und Handbuch zum israelischen IPR dürfte insbesondere auch außerhalb von Israel zum Standardwerk für diese Rechtsmaterie werden. Für die Erschließung des israelischen IPR in englischer Sprache ist der Autorin denn auch Dank auszusprechen. Mit Blick auf die international tätigen Unternehmen mag man allenfalls gleichwohl einen kleinen Vorbehalt anbringen. Dies indes liegt weniger am Werk an sich, sondern an der Tatsache, dass sich gerade der für diese so wichtige Bereich des internationalen Schuldrechts in Israel offenbar noch kaum entwickeln konnte. Für international tätige Geschäftsleute mag dies eher abschreckend wirken. Aus Sicht der Wissenschaft mag man hier eine kleine Kritik am Werk anbringen. Die Autorin unterlässt es leider, den Leser darüber aufzuklären, weshalb genau dieser für die Wirtschaft so wichtige Bereich etwa im Unterschied zum internationalen Familienrecht noch keine nennenswerte Bedeutung in Israel erlangt hat. Der Leser wird hier etwas alleingelassen. Das Werk freilich besticht durch die hervorragenden Kenntnisse der Autorin im IPR im Allgemeinen sowie in den verschiedenen Rechtssystemen (*common law*, kontinentaleuropäisches Recht, Europarecht) im Besonderen. Im Rahmen einer Rezension können naturgemäß daraus nur einige wenige Schlaglichter hervorgehoben werden. Für die Auswahl spielen die subjektiven Interessen sowie der schweizrechtliche Hintergrund des Rezensenten selbstredend eine wichtige Rolle.

II. Beim vorliegenden Werk handelt es sich um ein umfassendes Lehr- und Handbuch zum israelischen IPR. Sein Aufbau ist durch die Rechtsmaterie weitgehend vorgegeben: Einer Einführung und dem Überblick über die Rechtsquellen folgt die Darstellung des Allgemeinen Teils und des Besonderen Teils des israelischen IPR. Abgerundet wird das Werk durch Darstellungen des internationalen Zivilverfahrensrechts und der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit.

III. Das Werk beginnt mit einer kurzen Einführung zur Entstehung des israelischen Rechts. Die Vielschichtigkeit der rechtlichen Bezugspunkte als Ergebnis der bewegten Geschichte Israels fasziniert. Die Autorin stellt dar, wie sich

der rechtliche Bestand der einzelnen politischen Epochen (ottomanisches Reich, britisches Mandat, Entstehung des Staates Israel) auch heute noch überlagert. Namentlich der Einfluss des *common law* erscheint weiterhin beachtlich (vgl. S. 29 f.). Dies zeigt sich gerade im Anschluss bei der Besprechung der Rechtsquellen (41 ff.). Präjudizien kommt im israelischen internationalen Privatrecht eine hervorragende Bedeutung zu. Gerade deshalb mag der Leser allenfalls weitere Hinweise dazu vermissen, welche Möglichkeiten bestehen, sich die Rechtsprechung namentlich auch in nicht-hebräischer Sprache zugänglich zu machen. Mit Blick auf die Rechtsquellen sei weiter erwähnt, dass das internationale Privatrecht in Israel keine Kodifizierung erfahren hat. Es finden sich nur ganz punktuell und verstreut einige wenige gesetzliche Vorschriften zum IPR. Staatsverträge hat Israel schließlich nur sehr wenige abgeschlossen. Unter diesen figurieren insbesondere einzelne Haager Konventionen im Bereich der Rechtshilfe sowie des Kindesrechts. Insgesamt lässt sich feststellen, dass sich das internationale Privatrecht als Rechtsgebiet in Israel noch kaum herausgebildet hat.

IV. Bei der Darstellung des Allgemeinen Teils kann die Autorin daher nicht auf eine systematische Durchdringung internationaler privatrechtlicher Fragestellungen etwa in Gesetzen, Lehre oder Rechtsprechung zurückgreifen. Vieles erscheint vielmehr erst in Entstehung. Entsprechend lässt die Autorin durch rechtsvergleichendes Heranziehen der Regelungen im europäischen Recht, im *common law* sowie namentlich auch im Schweizer Recht einen Allgemeinen Teil des israelischen IPR überhaupt erst entstehen. Damit trägt die Autorin das ihre dazu bei, die derzeit bestehende Rechtsunsicherheit zu überwinden. Inhaltlich seien zwei Punkte herausgegriffen: Was die Behandlung von Vorfragen anbelangt, tritt die Autorin für eine selbständige Anknüpfung derselben ein (59f.). Danach sollen Vorfragen aber nach dem IPR der in der Hauptfrage berufenen *lex causae* beurteilt werden. Hier erscheint ein pragmatischer Ansatz, wonach Vorfragen selbständig nach dem IPR der *lex fori* anzuknüpfen sind, m. E. doch vorzuzugender. Was den Renvoi anbelangt, so soll nach Auffassung der Autorin der Abbruch der Verweisung nach israelischem IPR bzw. nach dem IPR der *lex causae* beurteilt werden, je nachdem, ob das israelische IPR seine Verweisung auf ein starkes oder ein schwaches Anknüpfungsmerkmal abstützt. Als starkes Anknüpfungsmoment bezeichnet die Autorin den Wohnsitz, als schwaches z. B. die Heimatzugehörigkeit (61 ff.). Dieser Ansatz erscheint m. E. diskutabel, will doch auch das israelische IPR in jedem Fall das am engsten verknüpfte Recht berufen (42) und ist daher davon auszugehen, dass der in der Regelverweisung gewählte Anknüpfungspunkt diesem Credo entspricht. In der Tat kann m. E. nicht grundsätzlich angenommen werden, dass der Wohnsitz einen stärkeren Inlandsbezug begründe als die Staatsangehörigkeit. Die Sachgerechtigkeit der Anknüpfung ist vielmehr vor dem Hintergrund der jeweiligen Rechtsfrage zu evaluieren.

V. Die Darstellung des Besonderen Teils des IPR beginnt mit sehr illustrativen Ausführungen zum internationalen Personenrecht (75 ff.). Daran schließt das internationale Schuldrecht an (80 ff.). Dieses scheint sich in Israel noch kaum entwickelt zu haben. Die Autorin schlägt daher weitgehend Regelungen vor, wie sie heute im europäischen Recht (Rom-I-Verordnung, Rom-II-Verordnung) sowie im schweizerischen Recht gelten. Bei diesem rechtsvergleichenden

Ansatz kann sie sich auf einzelne Präjudizien aus der israelischen Rechtsprechung abstützen. Die israelischen Gerichte haben in der Vergangenheit Fragestellungen des IPR verschiedentlich direkt unter Bezugnahme auf die erwähnten Rechtsvorschriften beantwortet. Entgegen der dort vorgesehenen objektiven Anknüpfungen an die vertragscharakteristische Leistung folgen die israelischen Gerichte derweil indes noch einem anderen Ansatz. Der Sachverhalt wird auf die jeweils bestehenden In- und Auslandsbezüge hin untersucht (Abschlussort, Erfüllungsort, Wohnsitz der Parteien, Niederlassung der Parteien usw.). Als dann wird das Recht des Staates berufen, mit dem der Sachverhalt aus Sicht des Gerichts den engsten Bezug aufweist. Begründet wird dies damit, dass die Parteien mutmaßlich davon ausgegangen sein dürften, dass dieses Recht zur Anwendung gelangt (im Sinne einer hypothetischen Rechtswahl). Dieses Abstellen auf den mutmaßlichen Parteiwillen kannte etwa auch das österreichische Recht und wurde ebenso von den Schweizer Gerichten bis Anfang der 1950er-Jahre praktiziert. Aus Gründen der Rechtssicherheit fand dann aber ein Systemwechsel hin zur Anknüpfung an das Recht am Ort der Niederlassung der Partei statt, welche die vertragstypische Leistung erbringt. Von der diesbezüglichen Vermutung kann nurmehr in Ausnahmefällen abgewichen werden. Der Rechtspraxis ist zu wünschen, dass das israelische Recht, wie von der Autorin vorgeschlagen, ebenfalls diesen Wechsel vornehmen wird.

VI. An das internationale Sachen- und Immaterialgüterrecht anschließend behandelt die Autorin das internationale Gesellschaftsrecht. Hier folgt das israelische Recht der Inkorporationstheorie: Es findet dasjenige Recht Anwendung, nach dem die Gesellschaft gegründet wurde (148). Ähnlich wie im schweizerischen IPRG (Art. 156 ff.) schlägt die Autorin daneben verschiedene Differenzierungen zur Regelanknüpfung vor (z.B. Vertretungsmacht, Firmenschutz). Besonders hinzuweisen ist auf eine Regelung, die jener von Art. 150 II IPRG gleicht. Dort werden Gesellschaften mit geringem Organisationsgrad den Regeln des internationalen Vertragsrechts unterstellt. Das israelische Recht geht hier einen doch erheblichen Schritt weiter. Sofern eine Gesellschaft nach dem Gesellschaftsstatut keine Rechtspersönlichkeit aufweist, soll sie nach dem für die Verträge geltenden Regime angeknüpft werden (148). Dies erscheint mir nicht zuletzt auf Grund der noch wenig ausgebildeten Regelungen in diesem Bereich doch etwas problematisch.

VII. Ganz speziell »gelungen« und daher besonders zu empfehlen ist das Kapitel über das internationale Familienrecht (165 ff.). Dieses ist nicht nur sehr reichhaltig an Fallbeispielen. Auch spiegelt sich hier die enorme Vielschichtigkeit des israelischen Rechts ganz exemplarisch wider. Die Gemengelage zwischen religiösem Recht, staatlichem Recht, religiöser Gerichtsbarkeit und staatlicher Gerichtsbarkeit ist an Komplexität kaum zu überbieten. Die Lektüre ist daher sehr anspruchsvoll, in gleichem Maße aber auch gewinnbringend. Inhaltlich besonders hervorzuheben gilt es die im Vergleich zum Schweizer Recht viel ausgeprägtere Bedeutung des Konkubinales und der Anerkennung von im Ausland geschlossenen Ehen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in Israel eine Eheschließung über die Religionsgrenzen hinaus grundsätzlich nicht möglich erscheint. Selbst im Anschluss an eine Konvertierung scheinen schwierige familienrechtliche Fragestellungen bestehen zu bleiben. Folgerichtig kommt dem

eheähnlichen Zusammenleben eine weitaus größere Bedeutung zu als in anderen Staaten. Ebenso liegt eine »Umgehung« der bestehenden Restriktionen durch Eheschluss im Ausland nahe. Das israelische IPR hat sich daher auch sehr stark mit solchen Erscheinungsformen der »Ehe« auseinanderzusetzen.

VIII. Kaum weniger faszinierend gestaltet sich die Darstellung des internationalen Erbrechts (254 ff.). Ähnlich wie im Schweizer Recht wird hier an den letzten Wohnsitz des Erblassers angeknüpft. Mit Blick auf die Zuständigkeit bleibt etwas unklar, inwieweit im Inland belegenes Vermögen eine umfassende Zuständigkeit der israelischen Autoritäten in Erbsachen begründet. Eine solche erschiene nicht zuletzt deshalb naheliegend, weil Israel offensichtlich keine ausländischen Erbfolgezeugnisse anerkennt. Entsprechend muss in jedem Fall, in dem in Israel Vermögen belegen ist, mutmaßlich die Erbschaft in Israel eröffnet werden. Dies setzt zwangsläufig eine entsprechende Zuständigkeit der israelischen Autoritäten voraus. Auch wenn in diesem Fall ausländisches Recht als *lex causae* zur Anwendung gelangen kann, gelten für das Verfahren die Regelungen des israelischen Rechts. Dort nun scheint Israel in allen Fällen den Erben den im Einzelfall allenfalls sehr aufwendigen Beweis aufzuerlegen, wonach keine weiteren mutmaßlichen Erben mehr bestehen (267). Dies ist rechtlich weder zwingend noch ist es naheliegend. Aus Gründen des internationalen Entscheidungsklangs sieht das israelische Recht sodann eine kollisionsrechtliche Nachlassspaltung im Falle von im Ausland belegenen Immobilien vor. Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, dass damit freilich in keiner Weise sichergestellt ist, dass ein israelisches Urteil im Lagestaat anerkannt wird. Die Schweizer Lösung von Art. 86 II IPRG – zuständigkeitsrechtliche Nachlassspaltung – erscheint hier – wenn schon – vorzugswürdiger.

IX. Das Kapitel über das internationale Zivilverfahrensrecht wird mit den Regeln über die Gerichtsbarkeit eingeleitet. Es folgt die Darstellung der internationalen Zuständigkeit. Hier baut das israelische Recht im Wesentlichen auf den Vorschriften des *common law* auf. Die Zuständigkeit ist indes eher (noch) weiter gefasst als jene der englischen Gerichte. Die israelischen Gerichte begründen dies mit dem Hinweis, dass die Welt heute zu einem Dorf geworden sei und es nicht mehr darauf ankomme, wo ein Rechtsstreit ausgetragen werde (z.B. 294). Dies wird von der Autorin mit guten Gründen zurückgewiesen. Erwähnt sei hier nur der Umstand, dass Verfahren in Israel in hebräischer Sprache durchgeführt werden. Wie im englischen Recht begründet die Zustellung an den Beklagten in Israel die Zuständigkeit der israelischen Gerichte. Dabei kann die Anwesenheit in Israel auch nur von kurzer, vorübergehender Natur sein. Weiter sieht das israelische Recht zahlreiche Fälle vor, in denen eine Auslandszustellung stattfinden darf. Die Autorin weist warnend darauf hin, dass die Mandatierung eines Anwalts in Israel eine ordnungsgemäße Zustellung im Inland und entsprechend die Begründung von Zuständigkeit erlaubt. Daher sollte immer darauf geachtet werden, dass der Empfang von Gerichtsurkunden explizit aus der Anwaltsvollmacht ausgeschlossen wird (281). Im Übrigen könne es passieren, dass eine ordnungsgemäße Zustellung (und demnach die Begründung von Zuständigkeit) genau an den Anwalt erfolgt, der zur Bestreitung der Zuständigkeit mandatiert wurde. Weiter fügt die Autorin an, dass jede Klage in Israel eine umfassende Widerklagezuständigkeit der dortigen Gerichte begrün-

det. Ein Sachzusammenhang zwischen Klage und Widerklage sei nicht erforderlich (295).

X. Mit Blick auf das Verfahren legt die Autorin sodann dar, dass die israelischen Gerichte weltweite *freezing orders* anordnen dürfen (320ff.). Die Anordnung von vorsorglichen Maßnahmen setzt aber eine Hauptsachezuständigkeit der israelischen Gerichte voraus. Dies wird von der Autorin namentlich unter Hinweis auf das englische Recht als eine zu restriktive Zuständigkeitsausübung betrachtet. Gelangt in einem Verfahren ausländisches Recht zur Anwendung, so gilt dieses als Tatsache. Es ist daher von jener Partei, welche die Beweislast trägt, nach den prozessrechtlichen Regeln der *lex fori* nachzuweisen. Die Autorin schlägt hier einen Wechsel zur moderneren Auffassung vor, wonach ausländisches Recht ebenfalls als Recht zu gelten hat (327ff.). Dies nicht zuletzt deshalb, weil in der geltenden israelischen Praxis unklar bleibt, was im Falle eines Scheiterns des Nachweises des ausländischen Rechts zu geschehen hat. Einzelne Gerichte haben hier subsidiär israelisches Recht angewendet. Andere Gerichte haben die Klage mangels rechtsgenügenden Nachweises des ausländischen Rechts abgewiesen.

XI. Die Regelung der Anerkennung und Vollstreckung von ausländischen Entscheidungen in Israel erscheint vielschichtig und komplex. Die Autorin legt dar, dass eine selbständige Anerkennung ausländischer Judikate mangels in Israel in Kraft gesetzter Staatsverträge weitgehend ausgeschlossen bleibt (332f.). Demgegenüber können Leistungsurteile inzidenter im Rahmen des Vollstreckungsverfahrens in Israel anerkannt werden. Für die Vollstreckung stehen danach zwei Wege offen: Ausländische Urteile können in Israel nach den allgemeinen Regeln des *common law* vollstreckt werden (346). Daneben wird die Vollstreckung nach dem *foreign judgements enforcement law* umfassend dargestellt (336ff.). Die Vollstreckung ist danach freilich an zahlreiche Voraussetzungen geknüpft. Speziell erscheint diesbezüglich insbesondere, dass die israelischen Gerichte den Nachweis verlangen, dass das ausländische Gericht nach den dort geltenden Regeln für die Beurteilung des Falles zuständig war. Dieser Nachweis, so die Autorin, kann sich für den Antragsteller sehr aufwändig gestalten.

XII. Das Werk wird abgerundet durch einen kurzen Überblick über die internationale Schiedsgerichtsbarkeit.

XIII. Es stellt eine große Herausforderung dar, ein Buch über eine Rechtsmaterie zu verfassen, die es so in einem bestimmten Staat überhaupt noch nicht gibt. Die Autorin hat diese Herausforderung angenommen und mit Bravour gemeistert. Es kann damit gerechnet werden, dass ihr Werk viel zur Entwicklung des IPR in Israel beitragen wird. Dies ist der Autorin jedenfalls zu wünschen. Für den Rezensenten bleibt die Gewissheit, mit der Lektüre seinen Horizont erweitert zu haben. Dies trifft ganz besonders auf jene Kapitel zu, in denen die Autorin auf bestehende und historisch gewachsene Rechtspraxis zurückgreifen konnte, so namentlich das internationale Familienrecht.